

JANNY ARMBRUSTER, ZEPPELINSTR. 123A, 14471 POTSDAM

Flüchtlingshilfe Babelsberg

per Mail an:
info@fluechtlingshilfe-babelsberg.de

Janny Armbruster
Kandidatin für das Amt der
Oberbürgermeisterin der Stadt Potsdam

Tel: +49 170 2413534
janny.armbruster@outlook.de

Potsdam, 03.09.2018

Wahlprüfsteine Flüchtlingshilfe Babelsberg

Antworten Janny Armbruster, Kandidatin von Bündnis90/Die Grünen für das Amt der Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Potsdam

Sehr geehrter Herr Dr. Liebscher,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich bei Ihnen und Ihrem Team für Ihr jahrelanges Engagement, auch über die Arbeit der Flüchtlingshilfe Babelsberg hinaus, ganz herzlich bedanken. Ohne Ihr hauptsächlich ehrenamtliches Engagement, auch durch viele Engagierte der Zivilgesellschaft, würde es die ersten Erfolge bei der Integration von Geflüchteten so nicht geben. Das zeigt auch Ihr Engagement im Bündnis Potsdam bekennt Farbe und in der Nachbarschaftsarbeit in den Stadtteilen der Landeshauptstadt Potsdam.

Hier nun meine Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine:

1. Soll die bisherige materielle und ideelle Unterstützung der Stadt für Arbeit mit Geflüchteten insgesamt weitergeführt, ausgebaut oder sukzessive verringert werden?

Das bisherige Engagement der Stadt soll weitergeführt und an den sich verändernden Bedarf von Geflüchteten und MigrantInnen angepasst werden.

2. Wie soll aus Ihrer Sicht die bisherige finanzielle Unterstützung der Stadt angesichts des oben beschriebenen Szenarios umstrukturiert werden?

Es wird in den Gremien der Stadt derzeit darüber diskutiert, zirka 300.000 Euro für Nachbarschafts- und Integrationsprojekte zur Verfügung zu stellen. Die Mittelvergabe für die Arbeit mit Geflüchteten sollte transparent und bedarfsorientiert an Akteure in der Flüchtlingsarbeit erfolgen, unabhängig davon, ob diese an Standorte von Unterkünften gebunden sind, stadtteilbezogen oder standortunabhängig arbeiten. Die Unterstützung von Betreibern von Unterkünften oder sozialen Einrichtungen, Kirchen, Verbänden etc. ist willkommen, die Zuweisung der Mittel sollte aber direkt an diejenigen erfolgen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren.

3. Die Stadt unterstützt die Integration von „alten“ und „neuen“ MigrantInnen in verschiedenen Geschäftsbereichen. Wie stellen Sie sich in Zukunft die Koordination des Engagements der Stadtverwaltung vor und wie sollte ein effektives Qualitätsmanagement bei der Ausschreibung und Überprüfung der vertraglich vereinbarten Leistungserbringung für den Betrieb von Unterkünften aussehen?

Derzeit sind in der Stadtverwaltung mehrere Geschäftsbereiche mittelbar oder unmittelbar für die Belange der MigrantInnen und Geflüchteten zuständig ist. Das hängt letztlich damit zusammen, dass das Thema eine Querschnittsaufgabe ist. Ich denke aber, dass zur Umsetzung des Integrationskonzeptes eine Stabsstelle beim Oberbürgermeister etabliert werden sollte, die effektiver und effizienter die verschiedenen Aufgaben bündeln und die Umsetzung koordinieren kann.

4. Haben Sie Vorschläge, wie die Zusammenarbeit der Stadt mit ehrenamtlichen Akteuren bei der Arbeit mit Geflüchteten optimiert werden könnte?

Die Stadt bietet eine Vielzahl von Informationsveranstaltungen und Gesprächsrunden für professionelle und freiwillige Akteure in der Arbeit mit Geflüchteten und MigrantInnen an. Wichtig wäre aus meiner Sicht aber, die Integration in Ausbildung und Beruf in den Fokus zu stellen. Stärker als bisher sollten Sportvereine oder stadtteilbezogene kulturelle Initiativen mit an den Tisch geholt werden, um mehr Wege für das Einleben in die Stadtgesellschaft zu öffnen.

5. Wie kann die Stadt geflüchtete Familien bei dem Besuch von Kitas unterstützen und die Bereitschaft stärken, ihre Kinder überhaupt in Kitas schicken zu wollen.

Nach wie vor ist das Angebot an wohnortnahen Kita-Plätzen knapp, die Stadt sollte ihre Möglichkeiten nutzen, das Angebot zu erweitern. Die Beratung von Familien durch interkulturell ausgebildete MitarbeiterInnen sollte verstärkt werden, ggf. in Zusammenarbeit mit geflüchteten Frauen, die ihre Erfahrungen mit Kita-Besuchen ihrer Kinder vermitteln können. Eine interessante Überlegung ist auch, ob analog der Schulpflicht eine KiTa-Pflicht eingeführt werden sollte. Dazu bedarf es einer Gesetzesregelung, die das Land Brandenburg auf den Weg bringen müsste.

6. Gibt es Ihrer Ansicht nach bei der psychosozialen und psychiatrischen Betreuung von traumatisierten Geflüchteten, der allgemeinen Gesundheitsberatung und der Beratung von schwangeren Migrantinnen Verbesserungsbedarf?

Ja, hier besteht Handlungsbedarf. Die Gesundheitsversorgung ist jedoch eine Aufgabe des Landes. Im Landesintegrationskonzept ist für die Landeshauptstadt Potsdam verankert, eine psychosoziale und psychiatrische Betreuungen für traumatisierte Geflüchteten vorzuhalten. Doch diese ist bislang nicht eingerichtet. Derzeit werden Betroffene aus Brandenburg nur in Fürstenwalde betreut. Auch bei der Beratung von schwangeren MigrantInnen fehlen Angebote.

7. Sollte die Stadt Beschäftigungsangebote speziell für MigrantInnen bereitstellen, falls die Bundesregierung den zeitlich nicht befristeten Aufenthalt von abgelehnten Asylsuchenden bei Nachweis von Beschäftigungsverhältnissen gestatten sollte ('Spurwechsel')? Wenn ja, welche könnten das sein?

Auch ohne „Spurwechsel“, der Migration erleichtern würde, sollte das bereits aufgehobene Verbot zu arbeiten, von den Trägern der Arbeitsmarktvermittlung, Jobcenter, privater Jobagenturen, der Geschäftsstelle für Arbeitsmarkt der Stadt, der IHK und der Handwerkskammern, konsequent dazu benutzt werden, in Arbeitsverhältnisse zu vermitteln.

Das führt auf Dauer dazu, dass MigrantInnen, aus den Hilfesystemen des SGB II (ALGII bzw. Hartz IV) herauskommen. Seitens des Jobcenters, der Geschäftsstelle Arbeitsmarkt, der IHK und der Handwerkskammer bestehen da schon interessante Projekte, die ausgebaut und weiterentwickelt werden sollten.

8. Von Geflüchteten wird die Bereitschaft zur Integration verlangt. Welche kurz- und mittelfristigen Anstrengungen sollte die Stadt zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz ihrer Beschäftigten unternehmen?

Zunächst sollten bei allen laufenden Einstellungsverfahren der Landeshauptstadt Potsdam auch die jeweiligen interkulturellen Kompetenzen der Bewerber geprüft werden. Weiterhin sollten interne Weiterbildungen für das Personal zur Interkulturalität nicht nur angeboten sondern durch die Vorgesetzten geprüft und gefordert werden. Insbesondere in der Ausländerbehörde!

9. Auch der Islam braucht einen Ort, um den hier lebenden Muslimen eine angemessene religiöse Praxis zu ermöglichen. Würden Sie als Oberbürgermeisterin den Neubau einer Moschee unterstützen und haben Sie ggf. auch Vorstellungen, wo dieser errichtet werden sollte?

Die Muslime in Potsdam haben seit April 2018 einen Gebetsraum im Gebäude eines ehemaligen Heizhauses in der Straße Am Kanal. Dieses ist ein Provisorium und auf Dauer keine Lösung. Aktuelle Überlegungen der Stadtverwaltung zum Neubau einer Moschee sind mir derzeit nicht bekannt. Auf jeden Fall sollte ein neuer Standort - möglichst nicht an der Peripherie der Stadt - in Abstimmung mit der jeweiligen Nachbarschaft geplant werden.

10. Der Oberbürgermeister hat erklärt, dass die Stadt aus Seenot gerettete Geflüchtete von Schiffen, die in Mittelmeerhäfen festsitzen, aufnehmen würde. Halten Sie dieses nach Lage der Dinge eher symbolische, dennoch wichtige Angebot für richtig und was werden Sie, falls Sie gewählt werden, unternehmen, dieses Angebot auch Wirklichkeit werden zu lassen.

Ich begrüße die Beteiligung des Oberbürgermeisters, Jann Jakobs, die Initiative der Städte Köln, Bonn und Düsseldorf zu unterstützen und Geflüchtete aus der Seenotrettung aufzunehmen. Wir sollten dieses Städtenetzwerk nutzen, um die Bundesregierung dazu zu bringen, sich stärker an der Aufnahme von aus Seenot geretteten Geflüchteten zu beteiligen. Die rot-rote Landesregierung sollte darüber hinaus aufgefordert werden, über den Bundesrat entsprechende Initiativen zu starten.

In der Stadtverwaltung werde ich sofort die entsprechenden Gremien einladen, um die Aufnahme der Geflüchteten gut vorzubereiten. Für den Fall, dass ich gewählt werde, möchte ich mich für eine schnelle Umsetzung der Erklärung einsetzen.

Ich hoffe, Ihre Fragen ausreichend beantwortet zu haben und stehe für Nachfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Janny Armbruster
Oberbürgermeisterkandidatin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN